

Durchblick

ver.di

5. Jahrgang, Nr. 60; 26. Mai 2003

Zeitung der ver.di-Vertrauensleute im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach

Bei DSL 788,60 Euro weniger in der Tasche:

Kollegin Heidi bekam unmoralisches Angebot

Kollegin Heidi P. hat zwei Kinder und ist allein erziehend. Bei uns hat sie bis Mai als Küchenhilfe gearbeitet. Sie hatte einen befristeten Arbeitsvertrag. Wir wollten wissen, warum sie denn nicht zur Service GmbH gewechselt hat und riefen Sie an.

Durchblick: Hallo Heidi, wie geht es dir?

Heidi: Danke der Nachfrage. Ich vermisse nur die Kolleginnen in der Küche. Es hat mir viel Spaß und Freude bereitet, in Sulzbach zu arbeiten.

Durchblick: Warum bist du dann weg? Du hättest doch zur Service GmbH „DSL“ wechseln können.

Heidi: So, das will ich dir sagen. Bei der Knappschaft bin ich zwar auch nicht reich geworden, ich bekam aber immerhin die Lohngruppe 3 des Tarifvertrages MTKn II, das heißt brutto 1735,48 Euro. Dazu kam noch der

Sozialzuschlag für zwei Kinder in Höhe von 203,12 Euro. Für meine zwei Kinder und mich reichte es gerade. Bei der Service-Gesellschaft DSL würde ich genau 788,60 Euro weniger bekommen.

Durchblick: Wieso?

Heidi: Nun, die Bundesknappschaft ist noch nicht einmal bereit, Lohn nach dem Reinigungsdienstvertrag zu bezahlen, was in etwa einen Verlust von 300 Euro ausgemacht hätte. Jetzt zahlen die für eine Küchenhilfe 1.150 Euro, und den Sozialzuschlag gibt es nicht mehr. Das macht 790 Euro weniger, das sind



Beim Warnstreik im Dezember trug Kollegin Heidi die ver.di-Fahne

Sulzbach, Saarbrücken, Berlin:

Mut für andere Politik



Unser Foto zeigt Mitglieder der ver.di-Betriebsgruppe des Knappschaftskrankenhauses Sulzbach auf dem Potsdamer Platz in Berlin. Aber nicht nur in Berlin zeigten die Kolleginnen und Kollegen Mut für eine andere Politik. Mit einem Infostand vor dem Krankenhaus, mit Veranstaltungen und auf Demonstrationen heißt es: Ja zu mehr Arbeitsplätzen, Nein zum Sozialabbau und Ja zu einer demokratischen Gesundheitsreform und zu mehr Steuergerechtigkeit. Lesen Sie unseren Artikel auf Seite 2.

über 1.500 Mark weniger und zwar jeden Monat, wie hätte ich da leben sollen? Das ist mehr als die Monatsmiete. Und das Auto, das ich für die 35 km Fahrweg dringend brauche, wäre nicht mehr zu finanzieren gewesen. Als ich diese Zahlen hörte, war ich echt fassungslos. Das ist doch unmoralisch.

Durchblick: Danke, für diese Informationen. Jetzt können wir gut verstehen, warum du das unmoralische Angebot abgelehnt hast. Das ist ja wirklich brutal und begründet, warum ver.di so energisch gegen die Service GmbH kämpft. Da kann man auch verstehen, warum ver.di solche Tarifverträge nicht bereit ist zu unterschreiben. Was machst du jetzt, bist du arbeitslos?

Heidi: Ich hatte Glück im Unglück und habe umgehend eine neue Arbeitsstelle gefunden, wo der Lohn stimmt.

Durchblick: Wir sollen dich recht herzlich von deinen ehemaligen Kolleginnen grüßen, vielleicht sehen wir dich ja bei Gelegenheit noch einmal, wir vermissen dich nämlich auch. Für deine Zukunft wünschen wir dir alles Gute.

Betriebsgruppe in der ersten Reihe gegen Sozialabbau:

ver.di: Schröders Agenda bedeutet mehr Arbeitslose und Geschenke für Reiche

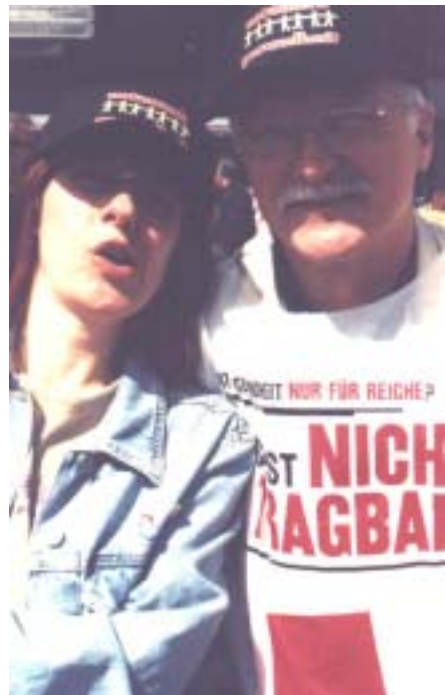
Die Auseinandersetzung tobt im Land. Die Bundesregierung plant mit ihrer Agenda 2010 den größten Sozialabbau in der Geschichte unseres Landes. In der Logik der neoliberalen Politik soll die Umverteilung zu Gunsten der Konzerne weiter betrieben werden. Mit im Zentrum der ganzen Überlegungen steht die Veränderung der gesetzlichen Krankenversicherung. Angeblich wollen die Herrschenden damit der Arbeitslosigkeit zu Leibe rücken. Die Wahrheit wird sein, dass diese Maßnahmen weitere 100.000 Arbeitsplätze vernichten werden.

Am 8. Mai stellte die ver.di Betriebsgruppe fest: „Was als Reform mit „Agenda 2010“ bezeichnet wird, ist nichts Neues, sondern nur eine Fortsetzung der alten Umverteilungs- und Sozialabbaupolitik, allerdings mit erhöhter Dosis. Während



die Reichen und Superreichen weiterhin geschont werden, geht man jetzt an die Schwächsten: die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger und die Kranken. Diese Politik hat versagt, ihre Fortsetzung führt dieses Land in den Ruin! Wir brauchen eine andere Politik.“

Am 12. Mai klärten die Gewerkschafter mit zwei Infoständen vor unserem Krankenhaus über die geplanten Vorhaben auf, erläuterten Alternativen und riefen zur Gegenwehr. Am 15. Mai hieß es dann in der überfüllten Arbeitskammer „Modernisierung oder Sozialabbau? Wohin geht Deutschland?“ „Die Agenda gehört in den Papierkorb“ war die einhellige Meinung der Kollegen, die hier mit Parteienvertretern diskutierten. Für den 16. Mai hatte der DGB zur Großkundgebung nach Saarbrücken vor der Bergwerksdirektion aufgerufen. Unter den 7.000 Demonstranten sah



man auch die Kollegen aus Sulzbach. In der Nacht ging es dann in vier Bussen zur ver.di Demonstration nach Berlin. Dort sah man die Sulzbacher Kollegen mit in der ersten Reihe, als sich der kilometerlange Zug vom Potsdamer Platz zum Alexanderplatz bewegte.

In seiner kämpferischen Rede bezeichnete ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske die einseitige Verlagerung der Krankenversicherung zu Lasten der Beschäftigten, die Kür-



steuern als Daimler-Chrysler auf seine Gewinne“, kritisierte Bsirske. Es gehe um politische Alternativen und darum, konjunkturelle Probleme bei den Ursachen anzugehen. Unter

Die Gesundheits„reform“

Sozialministerin Ulla Schmidt hat weitere Details der geplanten Gesundheitsreform 2004 bekannt gegeben. Hier einige Stichpunkte:

Krankengeld: Dieses soll zwar bei den gesetzlichen Kassen bleiben. Die Versicherten sollen aber die Kosten künftig alleine tragen. Dies bedeutet den Ausstieg aus der hälftigen Finanzierung der Kassenbeiträge.

Steuerzuschuss: Die Tabaksteuer soll um einen Euro pro Normalpackung Zigaretten steigen.

Arzneien: Patienten sollen frei in Apotheken verkäufliche Arzneien aus eigener Tasche zahlen.

Zuzahlungen: Die Zuzahlungen für Arzneien sollen auf 4 für die kleine, 6 für die mittlere und 8 Euro für die große Packung steigen. Die Zuzahlungen bei einem Klinikaufenthalt steigen von 9 auf 12 Euro pro Tag.

Praxisgebühr: Der Besuch bei einem Facharzt soll 15 Euro kosten.

Leistungskatalog: Die Kosten für künstliche Befruchtung und Sterilisation sollen Versicherte selbst tragen. Das ohnehin auslaufende Sterbegeld soll ganz wegfallen. Auch bei Fahrkosten und Brillen sind Einschnitte geplant.

Rentner: Rentner, die Betriebsrenten oder ein zusätzliches Arbeitseinkommen beziehen, sollen künftig den vollen Kassenbeitrag zahlen.

zung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, die Absenkung der Arbeitslosenhilfe, das Eintrittsgeld für den Arztbesuch, die Pläne zum Selbstbehalt bei Krankenversicherungsleistungen und Versuche des Unterlaufens der Tarifverträge als ersten Teil eines regierungsamtlichen „Drehbuchs“ zum Sozialabbau. Er habe es „satt“, von leeren Kassen zu hören, „während den Reichen Jahr für Jahr Geld geschenkt wird durch den Verzicht auf die Vermögenssteuer“. „Postbote, Krankenschwester und Busfahrer zahlen heute schon mehr Lohn-



Beifall forderte er die Ausweitung öffentlicher Investitionen. „Das ist erst der Beginn der Auseinandersetzung, aber wir nehmen den Kampf auf“, rief Bsirske den Teilnehmern der Abschlusskundgebung zu.

DGB-Vizevorsitzende Ursula Engelen-Kefer sprach vom „Konflikt über die grundlegende Weichenstellung in unserem Land“.

Nach aufmunternden Rhythmen und einem Beitrag vom attac betonte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Isolde Kunkel-Weber, dass gewerkschaftlicher Kampf um die Erhaltung des Sozialstaates und Engagement in dieser „hochbrisanten sozialpolitischen Debatte“ nicht diffamiert werden dürfe. ver.di wolle mutige Reformen statt Leistungsabbau. Dafür habe der Protest vom 17. Mai ein „unübersehbares Signal gesetzt“.

Zustimmung bei den Kollegen im Bus, als unser Vertrauensleutesprecher Michael Quetting feststellte: „Ob letztlich die Millionen stärker sein werden als die Millionäre, wird davon abhängen, ob wir alle den Willen haben unsere Kraft auch zu nutzen. Die Betriebsgruppe jedenfalls will dazu ihren Beitrag leisten.“



Unsere Serie:

Durchblick bei Bytes und Bits

Reagieren geblieben. Gerade in einem Netzwerk ist es unerlässlich, die Zeit zum Agieren zu haben.“

Zur Zeit wird er von der Firma Carasys unterstützt, weil die gesamte Netzwerkstruktur umgestaltet wird. Außerdem ist unser Haus Pilotkrankenhaus für die Einführung des neuen

Krankenhausinformationssystem (KIS) für die Knappschafts-Krankenhäuser, das ab Oktober diesen Jahres anlaufen soll. Bis dahin müssen über 100 PC von Windows 98 auf Windows 2000 umgerüstet, die Softwarestände angehoben und alle 15 Zoll Monitore ausgetauscht werden, weil das neue KIS sonst nicht reibungslos funktioniert. Damit später im Knappschaftsverband alle „Workstations“ eindeutig identifiziert werden können, müssen diese umbenannt werden. Wie er das alles schaffen soll, weiß er noch nicht, da muss wohl die ein oder andere Nachtschicht

gefahren werden.

Eingestellt wurde der ausgebildete Energieanlagenelektroniker 1987 eigentlich als „Mess- und Regelmechaniker“. Als Mitte der Neunziger der Computer Einzug in unser Krankenhaus hielt, wurde Jupp von der Technischen Abteilung zuerst einmal zeitweise für die Betreuung des entstehenden Netzwerkes abgestellt. „Damals glaubte man noch, dass könne einer so nebenher im Vorbeigehen erledigen“, erinnert er sich.

Erst 1998 erkannte man, dass Netzwerkbetreuung in einer solchen Größenordnung ein Fulltimejob ist. Allerdings reicht eine Person schon lange nicht mehr aus. Vieles bleibt auf der Strecke. „So sollte dringend eine Dokumentation erstellt werden über die gesamte Struktur des Netzwerkes mit allen Komponenten und Usern, mit den entsprechenden Zugehörigkeiten, Rechten, Umfang der Rechte und Programmen. Dies ist bei dem derzeitigen Personalstand, den anstehenden Arbeiten und immer wiederkehrenden Störungen „nicht möglich“, bemerkt Jupp Reinert kritisch.

Wenn Josef („Jupp“) Reinert morgens um 7.00 Uhr das Krankenhaus betritt, weiß er nie, wie sein Arbeitstag ablaufen wird. Jupp betreut nämlich unser EDV-Netzwerk. Und wer selbst zu Hause einen PC mit Drucker und vielleicht noch einem Scanner betreibt, weiß ein Lied davon zu singen, wie sehr einen diese einfache Konstellation schon an den Rand des Wahnsinns treiben kann, wenn z.B. ein simpler Druckbefehl einfach nicht ausgeführt wird, dann anschließend vom Computer mitgeteilt wird, dass ein schwerer Ausnahmefehler vorliegt und gar nichts mehr geht, und der PC einem noch einen schönen Tag wünscht.

Nun betreut unser Jupp Reinert aber nicht einen PC, sondern ca. 190, hinzu kommen noch 9 Server und ca. 120 Drucker, und alles miteinander vernetzt.

Er installiert, konfiguriert und stellt nach den entsprechenden Erfordernissen die Geräte auf.

Wenn Störungen in der Garantiezeit auftreten, schreibt er Reparaturaufträge und überwacht zudem die Firma bei der Reparatur. Nach der Dienstanweisung der Bundesknappschaft dürfen nämlich keine Fremdfirmen ohne ständige Aufsicht an der EDV-Anlage oder ihren Clients arbeiten.

„Ein geplantes Arbeiten ist kaum möglich“, sagt Jupp. „Ständig klingelt mein Telefon, weil irgendwo eine Störung vorliegt. Mal ist es ein Drucker, der spinnt oder unser Programm zur Essensbestellung „Cibait“. Jeden Tag gibt es neue Überraschungen. Bei dem Arbeitsaufkommen ist mir nur das



Schröder lügt!

Es gibt eine Alternative

„Es gibt keine Alternative.“ Das ist eine Grundlüge neoliberaler Politik, die auch von der Bundesregierung vertreten wird, wenn es um die Kahl-schlags-Agenda 2010 des Kanzlers geht.

Längst wiederlegte Rezepte, oder, um mit Hans Ruge zu sprechen, „Irrlehren“ ,werden verbreitet, um den Sozialstaat zu vernichten. Aber, dazu gibt es Alternativen. Das „Memorandum 2003“ der alternativen Wirtschaftswissenschaftler ist jetzt aktuell als Buch erschienen. Hier werden Alternativen für Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit genannt und konkrete Vorschläge unterbreitet. Schon unterstützen über 1.000 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen das Memorandum. Zu den Unterstützern, die im Buch genannt werden, gehört auch unser ver.di-Betriebsgruppensprecher Michael Quetting.

U.a. schlägt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ein öffentliches Investitionsprogramm über einen Zeitraum von zehn Jahren vor, das jeweils 75 Mrd. Euro umfassen soll. „Zur Finanzierung,“ so rechnet uns Michael Quetting vor, „kann der Fiskus jährlich bis zu 129 Mrd. Euro einnehmen. Erforderlich ist dazu u.a. die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhebung einer Börsenumsatz-, einer Spekulations- und einer Wertschöpfungssteuer, sowie die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung. Wir wollen über öffentliche Investitionen die Konjunktur stabilisieren und langfristig die Beschäftigung erhöhen.“ Allerdings wolle man die Arbeitslosigkeit nicht alleine über ein höheres Wirtschaftswachstum abbauen. Quetting: „Zusätzlich zu den öffentlichen Investitionen, die neben der Beschäftigung insbesondere den Übergang zu ökologisch tragfähigen Produktionsmethoden fördern, ist die Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung erforderlich. Das ist natürlich eine grundsätzlich andere Politik, als die, mit der Kanzler Schröder die Menschen ausquetschen will.“

Wer mehr wissen will: Das Buch ist im PapyRossa-Verlag erschienen und kostet 16,50 Euro. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.memo.uni-bremen.de.

Personalrat und JAV:

Zwischenprüfung abschaffen

Gemeinsam mit der JAV hat der Personalrat beschlossen, per Initiativantrag bei der Krankenhausleitung die Abschaffung der Zwischenprüfung für KrankenpflegeschülerInnen vor Beendigung der Probezeit zu beantragen.

Anhand des Ergebnisses der Zwischenprüfung wird entschieden, ob das Ausbildungsverhältnis nach der Probezeit fortgeführt oder beendet wird. Für diese Entscheidung werden die schulischen Leistungen, die Beurteilung des praktischen Einsatzes, eine praktische und eine theoretische Prüfung herangezogen.

Großes Gewicht wird der Beurteilung des(r) KrankenpflegeschülerIn durch die Stationen beigemessen. Auf Grund der zunehmenden Arbeitsverdichtung im Pflegebereich ist jedoch eine systematische Einarbeitung und Anleitung von KrankenpflegeschülerInnen durch das Pflegepersonal immer schwieriger zu bewerkstelligen. Das Beurteilungswesen

für die KrankenpflegeschülerInnen entspricht nicht den Anforderungen eines professionellen Beurteilungswesens und ermöglicht keine differenzierte Beurteilung.

Auf einer solchen Grundlage sollen Pflegekräfte beurteilen, ob ein junger Mensch für den Krankenpflegeberuf geeignet ist oder nicht. Das ist immerhin eine Entscheidung, die für den weiteren Lebensweg nicht ganz unbedeutend ist.

Und ob der Eindruck der praktischen Zwischenprüfung ausreicht, um die Eignung für den Krankenpflegeberuf festzustellen, wird bezweifelt, zumal der Ausbildungsstand und somit auch die Prüfungsbedingungen nicht für alle gleich sind.

Aktionskonferenz am 3. Juni in Saarbrücken:

Oskar Lafontaine soll für Durchblick sorgen

Eine Aktionskonferenz mit dem Titel „Erhalt des Sozialstaates, Sicherung der Daseinsvorsorge - Demokratie braucht starke Städte und Regionen“ führt der Fachbereich Gemeinden der Gewerkschaft ver.di am 3. Juni um 17.00 Uhr im Saarbrücker Kongresszentrum Saar in der Hafenstraße durch. Hauptredner ist Oskar Lafontaine.

Der Sozialstaat muss erhalten bleiben, die Daseinsvorsorge, dazu zählt auch das Gesundheitswesen, darf nicht dem Kapital untergeordnet werden. Deswegen führt ver.di eine Aktionskonferenz durch, zu der als Haupt-

redner Oskar Lafontaine erwartet wird.

Der Fachbereich Gemeinden hat auch unsere Beschäftigten zu dieser Konferenz eingeladen, da, so der Vorsitzende Bernd Schumann, „wir uns jetzt alle gemeinsam wehren müssen.“

Als Diskussionspartner werden u.a. ver.di-Landesleiter Rolf Linsler und der Bundesfachbereichsleiter Gerd Stuhlmann erwartet.

Wie uns der zuständige saarländische Fachbereichsleiter Alfred Staudt mitteilt, wird es in der Diskussion besonders um folgende Dinge gehen: Kommunalfinanzreform, Steuergerechtigkeit kontra Umverteilung von oben nach unten, Sofortprogramm zur Förderung von Zukunftsinvestitionen, gegen Öffnungsklausel im Besoldungs- und im Tarifsystem sowie Überprüfung der Gats-Verhandlungen. Es scheint also eine spannende Veranstaltung zu werden.

Impressum:

**Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di - Fachbereich 03**

Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen
Fachgruppe: Krankenhäuser

St. Johanner Str. 49; 66123 Saarbrücken

Eigendruck

Vi.S.d.P.: Thomas Müller

E-Mail: verdikkhs@aol.com

<http://www.durchblick.2-www.de>



Auch wenn es dem Kanzler Schröder nicht passt, Oskar Lafontaine hat den Durchblick, wie dieses Foto belegt.